



LUZERN DAS STADTMAGAZIN

Ausgabe #05, Oktober 2011

3 ENGAGEMENT FÜR
STABILE FINANZEN

AKTIV IM QUARTIER

11 FRAGEN KLÄREN
ZUR STADTREGION

18 PORTRÄT:
RUTH SPIELHOFER



Urs W. Studer
Stadtpräsident



IMPRESSUM

Verantwortlich:
Stelle für Kommunikation
Niklaus Zeier
Dagmar Christen

Autorinnen / Autoren:
Daniel Arnold (Aktuell)
Saskia Bättig (SB)
Sandra Baumeler
Melchior Bendel (MB)
Dagmar Christen (DC)
Urs Dossenbach (UD)
Tanja Müller
Niklaus Zeier (NZ)
Christine Weber

Korrektur:
Textkorrektur Terminus

Erscheint sechsmal jährlich
in einer Auflage von
50'000 Exemplaren

Grafik:
hofmann.to

Bilder:
Franca Pedrazzetti (Front,
3, 4, 5, 6, 7, 8, 11, 16, 17, 18,
23, 24), Stadt Luzern (10,
14, 20, 22)

Druck:
Druckzentrum der Neuen
Luzerner Zeitung

Titelbild:
Abitha und Munira mit
Quartierarbeiterin Regula
Hurschler im Quartierbüro
Moosmatt

Gedruckt auf Recycling-
Papier, hergestellt in der
Schweiz

© Stadt Luzern

BLICK VOM PILATUS AUF LUZERN

Kennen Sie unsere Stadtgrenzen? Ich wage zu behaupten, dass wenige wissen, wo Luzern aufhört und die Nachbargemeinde beginnt. Klar, die Orts- tafeln verraten es, aber in den Quartieren?

Luzern und seine Nachbargemeinden sind längst ineinander verflochten. Wenn ich vom Pila- tus auf die Stadtregion blicke, sehe ich nur ein Häusermeer und erkenne kaum Gemeinden. Ich sehe Wohnquartiere, Strassen, Autobahnen, All- mend-Sportstätten und Gewerbeazonen. Letztere scheinen unkoordiniert in die Landschaft gesetzt. Man fragt sich: Wer hat denn das geplant?

Heute schaut jede Gemeinde unserer Region für sich. Die Ortsplanung zerstückelt das Land. Von nachhaltiger Planung kann keine Rede sein. Für die Zukunft unserer einmaligen Landschaft sind das schlechte Voraussetzungen.

Wir leben und bewegen uns in einem zusam- mengewachsenen urbanen Raum. Wohnen in Lu- zern, arbeiten in Ebikon, konsumieren Kunst in Emmen, scheinbar grenzenlos. Eingegrenzt ist aber die Mitsprache. Zu den Bauten auf der Allmend, auf die man vom Pilatus sieht, hatten Horw und Kriens nichts zu sagen. Ein Miteinander gibt Mit- sprache, aber auch Verantwortung für den gemein- samen Lebensraum.

Jetzt stehen wir am Scheideweg. Aufeinander zugehen oder stehen bleiben? Ich meine, wir sollten miteinander gleichberechtigt unsere Stadtregion weiterentwickeln, in die Weite, aber auch in die Nähe. Denn ich sehe vom Luzerner Hausberg auch lebendige Stadtteile und Quartiere, traditionelle Orte. Zu ihnen gilt es Sorge zu tragen.

Am 27. November entscheiden wir noch nicht über eine Fusion. Wir entscheiden, ob wir mit unse- ren Nachbargemeinden Verhandlungen aufneh- men wollen. Sie bringen die entscheidenden Fakten auf den Tisch, um gut informiert Anfang 2015 über einen Fusionsvertrag abstimmen zu können.

Wer auf den Pilatus wandert, bleibt nicht unten auf Fräkmünt stehen. Er will auf den Gipfel, um mit der herrlichen Rundumsicht belohnt zu wer- den. In gleicher Weise sollten wir jetzt nicht stehen bleiben, sondern mit einem Ja zu Verhandlungen den Fusionsvertrag anstreben, der uns einen um- fassenden Blick auf die Vor- und Nachteile beim definitiven Entscheid über eine Fusion mit unseren Nachbargemeinden ermöglicht.

3 NACHGEFRAGT

4 QUARTIER- UND STADTTEILPOLITIK

Eine Stadt für alle Genera- tionen: Im September hat das Parlament Mittel für die Quartierarbeit gespro- chen. Im Oktober wird über das Konzept «Altern in Luzern» und die frühe Förderung entschieden.



11 ABSTIMMUNG

Ende November stellen Adli- genswil, Ebikon, Kriens und Luzern die Weichen für die Starke Stadtregion: Soll ein Fusionsvertrag ausgearbei- tet oder ein Mehrzweckge- meindeverband vorbereitet werden?



Ebenfalls am 27. November stimmt Luzern über die Ini- tiative «Luzern mit Strom ohne Atom», den Gegenvor- schlag und über einen 29-Mio.-Franken-Kredit für die Erneuerung des Betag- tenzentrums Dreilinden ab.

16 SCHULE

Seit dem neuen Schuljahr gehen alle Kindergarten-, Erst- und Zweitklasskinder in die integrative Volks- schule. Luzern setzt auf In- tegrative Förderung von der Primar- bis zur Sekundar- stufe.



18 PORTRÄT

20 AKTUELL

Gute Kinderbetreuung ist ein Standortvorteil – Tage der offenen Tunnelportale – Die Jugend ist besser als ihr Ruf: 40 Jahre Jugend- und Fa- milienberatung CONTACT – «Oben-abe» -Methode für saubere Luft.



24 REGION

SCHULDEN ABBAUEN FINANZEN STABILISIEREN

Luzern hat zukünftig zu hohe Defizite. Der Stadtrat hat Sparpakete beschlossen. «Doch das reicht nicht», hält Finanzdirektor Stefan Roth fest. «Es braucht eine Steuererhöhung, um die Ansprüche an eine Zentrumsstadt nicht zu gefährden!»

1



Die geplante Steuererhöhung löste heftige politische Reaktionen aus, Finanzdirektor Stefan Roth. Warum ist sie nötig?

Die Stadt leidet an strukturellen Defiziten. Denn die kantonalen Steuergesetzrevisionen bringen deutlich weniger Einnahmen und die Pflegefinanzierung sowie weitere Kostensteigerungen verursachen Mehrausgaben, alles Folgen von kantonalen und eidgenössischen Gesetzesänderungen. Der Stadtrat hat frühzeitig reagiert und im letzten Jahr ein Sparpaket mit 16,7 Mio. Franken beschlossen. Zusätzlich kürzte er in diesem Jahr die Kosten um weitere 5,5 Mio. Franken. Diese

Massnahmen reichen voraussichtlich nicht, um die Neuverschuldung bis 2015 zu stoppen und die Verschuldung abzubauen.

Die Steuererhöhung bringt Mehreinnahmen von 15 Mio. Franken. Was bedeutet das für die Steuerzahlenden?

Die Erhöhung von 1,75 auf 1,85 Einheiten bringt folgende Mehrkosten bei den Gemeindesteuern (ohne Kirchensteuer, ohne Anteil Kanton, Basis Steuertarif 2011):

– Alleinstehende Person, 50'000 / 100'000 Franken steuerbares Einkommen: 170 / 420 Franken

– Ehepaar, 50'000 / 100'000 Franken steuerbares Einkommen: 113 / 340 Franken

Die Einwohnerschaft von Luzern hat übrigens 2003 und 2008 von städtischen Steuerfussenkungen sowie 2009 und 2011 von kantonalen Steuervergünstigungen profitiert.

Der Stadtrat will Fusionsverhandlungen eingehen. Welchen Einfluss hat eine mögliche Fusion auf die Gemeindesteuern?

Für die Stadt Luzern ändert sich aufgrund einer möglichen Fusion nichts. Bei einer Fusion wird der tiefste Steuerfuss der betroffenen Gemeinden angewendet. Auch mit einer möglichen Steuererhöhung weist Luzern mit 1,85 Einheiten den tiefsten Steuerfuss aller aus. Die Einwohnerschaft der anderen Gemeinden würde durch den niedrigeren Steuerfuss profitieren. Der Ausfall an Steuerertrag wird durch die volkswirtschaftliche Entwicklung der fusionierten Stadt mittels dynamischeren Wachstums und durch finanzielle Unterstützung durch den Kanton aufgefangen. Der Kantonsbeitrag soll im Kantonsparlament im Jahr 2012 debattiert werden.

Wann wird das Finanzklima wieder günstiger?

Der Stadtrat setzt alles daran, das finanzpolitische Hauptziel – Stopp der Neuverschuldung bis 2015 mit anschliessendem Abbau der Verschuldung – zu erreichen. Das Finanzklima wird wieder erträglich, wenn die strukturellen Defizite beseitigt sind: Das ist eine Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung der Stadt Luzern.

Niklaus Zeier
Chef Kommunikation

1 | Nach den Steuer-senkungen von Stadt und Kanton braucht es nun Gegenmassnahmen, damit Luzern attraktiv und dynamisch bleibt, ist Finanzdirektor Stefan Roth überzeugt.

MEIN QUARTIERBÜRO IST AUCH DEINS

Was in der überschaubaren Kleinräumigkeit eines Quartiers alles an Positivem und Innovativem passiert, illustriert das Beispiel des Quartierbüros an der Moosmattstrasse. Noch sind die Quartierbüros in erster Linie für Kinder und Jugendliche da. Das soll sich ändern – zum Wohl der gesamten Bevölkerung.



1 | Im Quartierbüro an der Moosmattstrasse warten Abitha (links) und Munira geduldig, bis «ihre» Sitzung beginnt.

2 | Samir trifft letzte Vorbereitungen für die Party im «Bachstei», dem Jugendtreff in den Räumen der Pfarrei St. Paul an der Moosmattstrasse.

3 | Tanzwettbewerb, Handballturnier oder Supertalent-Show? Die Wunschliste, die die Quartierarbeit der Stadt Luzern auf dem Pausenplatz Hubelmatt angebracht hat, füllt sich mit Ideen der Schülerinnen und Schüler.

Abitha und Munira setzen sich aufs nigelneue helle Sofa im Quartierbüro an der Moosmattstrasse. Sie treffen sich mit der Leiterin Regula Hurschler zur zweiten Sitzung. Die zehnjährigen Mädchen möchten für ihre Freundinnen und Schulkameraden eine Halloween-Partyveranstalten. «Wir wollen, dass alle tanzen», sagt Munira aufgeregt und wünscht sich entsprechend «coole Musik». Die Mädchen einigen sich darauf, CDs mit passender Musik zu suchen, wenn auch die Frage, was denn «cool» ist, nicht abschliessend geklärt werden kann.

Eine Halloween-Party muss zwingend gruselig sein. Munira und Abitha lachen, albern herum und erschrecken über ihre eigenen Ideen. Am Computer im Quartierbüro suchen sie zusammen mit Regula Hurschler nach einem bestimmten Gruselvideo auf dem Videoportal YouTube. Das gewünschte Filmchen wird mit dem Ergebnis abgespielt, dass alle drei kreischen und sich überlegen, ob das tatsächlich der richtige Einstieg in den Party-Abend ist. Diskussionen über Dekorationen folgen: Fle-

dermäuse oder doch lieber Riesenspinnen? Ballone mit Geistergesichtern? Der Vorschlag von Regula Hurschler, die Nebelmaschine einzusetzen, stösst auf grosse Begeisterung bei den beiden Mädchen. Sie können kaum mehr stillsitzen.

Abitha und Munira werden von der Quartierbüroleiterin – sie ist soziokulturelle Animatorin – begleitet und in ihrer Eigeninitiative unterstützt. Regula Hurschler geht auf die Kinder ein, nimmt immer wieder den Faden auf, sorgt mit sanftem Druck für Sitzungsdisziplin und vereinbart mit den Mädchen den nächsten Termin. Die Gestaltung des Flyers und Einkäufe für die Halloween-Party stehen an. «Die Mädchen sollen stolz sein können und ein Erfolgserlebnis haben», sagt Regula Hurschler.

Auch Prävention

Offiziell nennt sich das Ganze «Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche». Die nüchterne Bezeichnung vermag indessen der Vielfalt und Bedeutung eines Quartierbüros nicht gerecht zu werden. Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren finden hier Ansprechpartner, können ihre Ideen und Wünsche diskutieren, werden gefördert und in ihren Vorhaben unterstützt. Regula Hurschler nennt es «informelle Bildung» und betont die Wichtigkeit, zu den Kindern und Jugendlichen Beziehungen aufzubauen. Einfach gesagt: Gestalten Kinder und Jugendliche mit professioneller Unterstützung ihre Freizeit im Quartier, lernen sie nebenbei, Verantwortung zu übernehmen und sich mit ihrem Quartier zu identifizieren. Quartierarbeit heisst auch Prävention.

Das Quartierbüro für Hubelmatt, Moosmatt und Sali hat eben an der Moosmattstrasse ein neues Zuhause gefunden. Der Standort direkt beim Kreisel, vis-à-vis dem Schulhaus und in der Nähe des kirchlichen Jugendtreffs «Bachstei», ist ideal, schliesslich arbeitet das Quartierbüro eng mit dem Bereich offene Jugendarbeit der katholischen Kirche zusammen. Die grossen Fenster ermöglichen den Blick ins Innere des Quartierbüros. Regula Hurschler winkt wiederholt vorbeigehenden Kindern und

ruft Grüsse hinaus. Die Türe steht an jenem milden Herbstnachmittag offen. Angesichts der Infrastruktur an der Moosmattstrasse gerät Regula Hurschler ins Schwärmen. Da hier vorher der Mittagstisch beheimatet war, verfügt das Quartierbüro über eine geräumige Küche. So wird es möglich sein, dereinst mit interessierten Kindern und Jugendlichen zu kochen – und danach aufzuräumen, schliesslich gehört auch das zu den «Rechten und Pflichten».

Generationen zusammenführen

Treffen und Gespräche mit Kindern und Jugendlichen sind ein Teil der Arbeit der Quartierarbeiterinnen und Quartierarbeiter. Regelmässige Klassenbesuche in den Schulen, Aktionen auf Pausenplätzen, verschiedene Projekte und Aktionen im Quartier sowie Informations-, Vermittlungs-, Koordinations- und Vernetzungsarbeiten gehören ebenso dazu. Regula Hurschler nennt Beispiele: Auf dem Pausenplatz schenken sie und ihre Kollegen im Winter Punsch aus oder animieren zu Spielen, damit «man ins Gespräch kommt» und an die Jugendlichen überhaupt «herankommt». Im Kontakt mit dem Quartierverein sorgt sie dafür, dass das Quartierfest nicht nur ein Anlass für Erwachsene ist, sondern auch Kindern und Jugendlichen etwas bietet. «Wir wollen Generationen zusammenführen und wünschen uns, dass junge Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner ernst genommen werden», sagt Regula Hurschler.

Die Quartierbüroleiterin hat durchaus Kontakt zu Erwachsenen, wenn sie ihre Fäden spinnt und im Hintergrund informiert, organisiert und vernetzt. Noch richtet sich das Angebot des Quartierbüros vorab an Kinder und Jugendliche. Das soll sich ändern. Der Stadtrat beabsichtigt, die Quartierbüros auszubauen und Projekte für Kleinkinder sowie Seniorinnen und Senioren zu fördern. Das Quartierbüro als Treffpunkt und Drehscheibe für sämtliche Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner, das wünscht sich auch Regula Hurschler. Sie hat diesbezüglich bereits gute Erfahrungen gemacht: Seniorinnen und Senioren waren hier zu Gast. Bereits heute «verirrt» sich ab und an ein Erwachsener ins Quartierbüro und bittet um eine Auskunft. Schliesslich hat das Quartierbüro mit dem am Schaufenster platzierten Stadtlogo einen offiziellen Anstrich – wieso soll es Kindern und Jugendlichen vorbehalten sein, hier einzutreten?

«Sensor» im Quartier

Quartierbüros wie jenes von Regula Hurschler haben zum Ziel, die Lebensqualität in nächster Umgebung zu fördern. «Das Wohlergehen der Bevölkerung ist eng mit der Lebensqualität im unmittelbaren Wohnumfeld verknüpft», ist der Stadtrat überzeugt. Je grösser eine Gemeinde ist – Stichwort Fusion mit Littau –, desto wichtiger ist es, dass die Quartiere mit ihren kleinräumigen Strukturen eine stärkere Funktion als identitätsstiftende Lebensräume übernehmen. Regula Hurschler wendet



20 Prozent ihrer Arbeitszeit für gesamtstädtische Projekte auf: «Ich sehe mich als «Sensor» im Quartier und kann innerhalb der Stadtverwaltung auf Probleme und Anliegen aufmerksam machen.» Heute schon arbeitet sie unter anderem mit Mitarbeitenden der Kirche, mit Quartierpolizisten und den Frauen und Männern von SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) zusammen.

Das Fundament steht. Das Quartierbüro ist etabliert und leistet unverzichtbare Arbeit zugunsten von Kindern und Jugendlichen. Jetzt gilt es, den nächsten Schritt in Angriff zu nehmen: die Ausweitung des Angebots für alle Menschen im Quartier. Wenn alles gut läuft, dann besuchen Abitha und Munira «ihr» Quartierbüro auch in zehn, zwanzig, dreissig Jahren noch und blicken auf unzählige wertvolle Begegnungen und Erfahrungen zurück.

Sandra Baumeler
Freie Journalistin

«WIR WOLLEN MITREDEN UND MITGESTALTEN»

Quartiervereine, persönliches Engagement, städtische Einrichtungen, Wohn-genossenschaften: Es gibt in der Stadt Luzern unzählige Personen und Institutionen, die sich für das Zusammenleben im Quartier einsetzen.



1 | Ursula Zürcher, Mütterberaterin, hofft, dass sie Eltern mit Kleinkindern in Zukunft intensiver betreuen und regelmässig Hausbesuche durchführen kann.

2 | Andi Willinig, Geschäftsführer der Wohngenossenschaft Geissenstein-EBG, setzt sich für ein Quartier ein, in dem man sich von der Geburt bis ins hohe Alter wohlfühlt.

3 | Fabrizio Laneve, Präsident Quartierverein Reussbühl, begrüsst es, dass sich die Stadt stärker für die Quartiere engagieren will.

4 | Christina von Passavant, Präsidentin «Partizipation 60plus», erwartet, dass die Stadt die ältere Generation als Diskussionspartnerin ernst nimmt.

UD. Im Kindercafé des Katholischen Frauenbundes im «Rhynauerhof» an der Obergrundstrasse treffen sich Mütter und Väter mit ihren Kindern. Die Kinder spielen, die Eltern diskutieren. Im gleichen Haus befindet sich auch eine Beratungsstelle der Mütter- und Väterberatung der Region Luzern. «Eine ideale Kombination vor allem für Eltern, die Mühe haben, Kontakte zu knüpfen», sagt Mütterberaterin Ursula Zürcher.

Beratungen und Hausbesuche

Während das Kindercafé das einzige in der Stadt ist, gibt es in Luzerns Quartieren sechs Beratungsstellen für Mütter und Väter. «Wir begleiten Eltern mit Kindern bis vier Jahre», sagt Ursula Zürcher. Die Beraterinnen knüpfen erste Kontakte per Telefon, bieten Beratungen auf der Stelle oder zu Hause an. Nicht alle Eltern seien in der Lage, ihre Kinder zu begleiten und zu fördern. Oft fehle es an Wissen und an Ressourcen, sagt Ursula Zürcher. «Wir helfen ihnen, Beziehungen zu ihren Kindern aufzubauen, geben Tipps zu Sprachförderung, Ernährung, Gesundheit und Erziehung und vermitteln wenn nötig Therapiestellen. Ziel ist, diese Kinder so zu fördern, dass sie beim Schuleintritt die gleichen Chancen haben wie andere.»

Um eine wirkliche Chancengleichheit zu erreichen, sei ein Ausbau, wie ihn der Stadtrat im Konzept «Frühe Förderung» vorsieht, unumgänglich. Dadurch können Eltern intensiver betreut und regelmässig Hausbesuche durchgeführt werden. «Das Konzept «Frühe Förderung» ermöglicht uns zudem, enger mit den Spielgruppen und den Kindertagesstätten in den Quartieren zusammenzuarbeiten», sagt Ursula Zürcher.

UD. Der Dorfplatz im Quartier Geissenstein wird seit einem Jahr seinem Namen wieder gerecht. Autos und Busse verkehren hier zwar immer noch, allerdings sind nur 20 Stundenkilometer erlaubt, Fussgänger haben Vortritt, Trottoirs und Fussgängerstreifen gibt es nicht. «Ein lebendiges Quartier braucht ein Zentrum, wo man sich trifft», sagt Andi Willinig, Geschäftsführer der Wohngenossenschaft Geissenstein-EBG, die über rund 380 Wohnungen verfügt. Die Philosophie: «Wir wollen ein Quartier, in dem man sich von der Geburt bis ins hohe Alter wohlfühlt», sagt Andi Willinig. Deshalb achte man darauf, Wohnungen in verschiedenen Preisklassen, aber auch Flächen für Ateliers, kleine Dienstleistungsbetriebe oder den Quartierladen anzubieten. Die Genossenschaft ermöglicht auch Boule-Turniere oder die «Wypuurechilbi», die im September auf dem Dorfplatz stattgefunden hat.

Jugendliche im Quartier integrieren

Die Wohngenossenschaft Geissenstein-EBG sucht die Zusammenarbeit mit dem Quartierverein Sternmatt, den Kirchen und andern Quartierorganisationen. Und Andi Willinig begrüsst, dass die Stadt die Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche flächendeckend einführen will. «Wir hatten bereits erste positive Kontakte mit dem Büro an der Moosmattstrasse» (siehe S. 4 und 5).

Für ein lebendiges Quartier sei es wichtig, dass auch die Jugendlichen zwischen 12 und 16 Jahren im Quartier integriert sind. Dafür brauche es aber entsprechende Angebote. Von der geplanten Fach- und Anlaufstelle erhofft sich Andi Willinig, dass die Anliegen der Quartiere bei der Verwaltung und beim Stadtrat noch vermehrt Gehör finden.

3



UD. Wir treffen Fabrizio Laneve beim Kreisel in Reussbühl. Seit 40 Jahren werde eine Umfahrung des Dorfkerns gefordert, sagt der Präsident des Quartiervereins Reussbühl. Jetzt besteht Hoffnung, dass Reussbühl vom Verkehr entlastet wird. Im neuen Verkehrskonzept für den Seetalplatz ist die Umfahrung vorgesehen. Fabrizio Laneve fordert, dass das Quartier bei der weiteren Planung von Luzern Nord einbezogen wird. «Wir wollen mitreden und mitgestalten», sagt er.

S-Bahn-Station?

Am 10. November 2011 veranstaltet der Quartierverein einen Workshop zum Thema «Reussbühl – wie weiter?». Quartierbewohnerinnen und -bewohner werden in Gruppen aktuelle Themen diskutieren, zum Beispiel auch den öffentlichen Verkehr. «Eine S-Bahn-Station auf der Höhe der Bushaltestelle «Schiff» ist aus unserer Sicht ein Muss», sagt Fabrizio Laneve. Zudem verstehe niemand, warum Reussbühl in der Tarifzone 201 sei, während für das Felmis in Horw, das ebenfalls 3,6 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt sei, aber nicht zur Stadt gehöre, die Zone 101 gelte. «Die Zusammenarbeit zwischen Kirchen und Quartierorganisationen ist in Reussbühl zwar gut, muss aber noch verbessert werden», sagt Fabrizio Laneve. Zudem reiche die meist ehrenamtliche Arbeit manchmal nicht aus, brauche es professionelle Unterstützung. Er begrüsst es deshalb, dass sich die Stadt stärker für die Quartiere engagieren will. «Midnight Sports ist ein gutes Beispiel, das zeigt, was eine solche Zusammenarbeit bewirken kann.» 170 bis 200 Jugendliche treffen sich regelmässig am Samstagabend in der Turnhalle Ruopigen, um gemeinsam Sport zu treiben.

4



UD. Christina von Passavant nimmt gerne Einfluss, will mitgestalten, aber «ohne Dominanzanspruch der Senioren», wie sie sagt. Seit 30 Jahren hat sie ein Büro für Entwicklungsmanagement. «Da ist es naheliegend, dass ich mich für die Entwicklung von Gemeinwesen, von sozialen Räumen interessiere», sagt sie. Und deshalb hat sie sich entschieden, das Präsidium des neu geschaffenen Forums «Partizipation 60plus» zu übernehmen.

Das Forum ist das Nachfolgeorgan des achtköpfigen Seniorenrates, der bisher den Stadtrat beraten hat. «Partizipation 60plus» will aber mehr. «Wir wollen uns politisch beteiligen und ein Gremium der Mitwirkung der älteren Generation aufbauen, das ausserhalb der Parteistrukturen funktioniert», sagt Christina von Passavant. Zudem beschränke man sich nicht nur auf Altersthemen, sondern werde auch beim Verkehr, bei den Steuern oder der Gestaltung des öffentlichen Raumes mitdiskutieren.

Sich an der Stadtgestaltung beteiligen

Das Forum besteht aus 50 Mitgliedern, die sich zwar ab und zu treffen, sich in erster Linie aber übers Internet austauschen. Auf der neuen Internetseite www.luzern60plus.ch können sie im Forum diskutieren, Initiativen starten und sich an Vernehmlassungen beteiligen. Daneben bietet die Seite für alle zugängliche Informationen über Dienstleistungen, Beratungsstellen, politische Prozesse und Veranstaltungen. Zudem können Anliegen bei der Stadt Luzern eingebracht werden.

Von der Stadt erwartet Christina von Passavant, dass sie «Partizipation 60plus» als Diskussionspartnerin ernst nimmt und so die ältere Generation an der Stadtgestaltung beteiligt.

LEBENSQUALITÄT IM QUARTIER ERHALTEN UND STÄRKEN

Quartier- und Stadtteilpolitik, Entwicklungskonzept «Altern in Luzern», frühe Förderung – drei Vorlagen mit einem gemeinsamen Nenner: «Wir wollen das freiwillige Engagement in den Quartieren unterstützen», sagt Stadtrat Ruedi Meier.



1

Wie erleben Sie Ihr Quartier?

Mein Quartier ist die Neustadt zwischen Reuss, Hirschmatt, Obergrund und Bruchstrasse. Hier wohne und lebe ich. Ich schätze die vielen Begegnungsmöglichkeiten, die Beizen und Läden, die gute Aufenthaltsqualität und die kurzen Wege, wie sie für die Stadt Luzern typisch sind.

Der Stadtrat will die Lebensqualität in den Quartieren fördern und enger mit den Quartierorganisationen zusammenarbeiten. Warum?

Je grösser eine Stadt ist, umso grösser ist die Gefahr von Anonymität und umso wichtiger wird es, dafür zu sorgen, dass die Lebensqualität dort, wo die Leute wohnen, erhalten bleibt und gestärkt wird. Wohnquartiere zum Beispiel dürfen nicht zu reinen Schlafstätten werden. Auch hier sollen soziale Kontakte und Begegnungen möglich sein. Besondere Beachtung schenkt der Stadtrat jenen Bevölkerungsgruppen, die einen starken Bezug zum Quartier haben. Vor allem Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sind darauf angewiesen, dass es in ihrem Quartier, in ihrem Lebensumfeld Strukturen und Angebote gibt, die sie nutzen können.

Ist die Quartier- und Stadtteilpolitik eine Folge der Fusion Littau-Luzern?

Nein. Zwar ist die Stadt dadurch grösser geworden, doch schon vorher hat sich der Stadtrat mit den Quartieren auseinandergesetzt. Ich erinnere an die mobile Kinder- und Jugendarbeit, die durch die Quartierbüros abgelöst wurde. Es ist ein dauernder Prozess, sich zu überlegen, was zentral in der Stadt angeboten wird und was es in den Quartieren braucht. Wir machen nun den nächsten Schritt und wollen zum Beispiel die Quartierbüros für Kinder und Jugendliche flächendeckend einführen und auch für die Generation 60 plus öffnen.

Kirchen, Schulen, Quartiervereine, Wohn- und Baugenossenschaften und weitere Organisationen engagieren sich bereits stark für die Lebensqualität im Quartier. Muss die Stadt da wirklich auch noch mitmachen?

Dies wird sogar erwartet, explizit zum Beispiel von der katholischen Kirchgemeinde. Die meisten Institutionen, die im Quartier präsent sind, sind dezentral organisiert. Damit deren Engagement, das sehr oft auch freiwillig erbracht wird, optimal wirken kann, braucht es eine Koordination. Das kann

1 | Stadtrat Ruedi Meier: «Vor allem Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sind darauf angewiesen, dass es in ihrem Quartier Strukturen und Angebote gibt, die sie nutzen können.»

nur die Stadt leisten. Wir wollen nichts Neues erfinden oder jemanden verdrängen. Ziel ist es, die Strukturen zu stärken, dort zu helfen, wo es nötig ist, auf Bewährtem aufzubauen und die Angebote zu vernetzen.

Zum Beispiel?

Bei Kindern ist die Sprache entscheidend für eine erfolgreiche soziale Integration und gute Startbedingungen in der Schule. Wir können uns vorstellen, mit den Spielgruppen in den Quartieren ein Konzept zur Sprachförderung zu erarbeiten. Vorgesehen ist auch, mehr finanzielle Mittel für Hausbesuche von Mütter- und Väterberaterinnen zur Verfügung zu stellen. Es hat sich gezeigt, dass solche Besuche eine sehr gute Möglichkeit sind, Kinder aus sozial benachteiligten und fremdsprachigen Familien zu unterstützen und so die Chancen für einen erfolgreichen Schuleinstieg zu erhöhen. Auch im Entwicklungskonzept «Altern in Luzern» sind quartierbezogene Projekte vorgesehen.

Beim Entwicklungskonzept «Altern in Luzern» spricht der Stadtrat davon, dass «das Alter neu gedacht» werden muss. Was heisst das?

Bisher hat man sich im Rahmen der Alterspolitik vor allem mit der ambulanten und stationären Pflege beschäftigt. Vieles, wie zum Beispiel die Spitex, ist heute selbstverständlich. Alt sein hat aber nicht nur mit Krankheit, Abbau und Abhängigkeit zu tun. Viele ältere Menschen leben in guter Gesundheit, wollen aktiv sein und mitmachen. Hier muss die Politik ansetzen und den älteren Menschen ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Von deren Engagement, Wissen und Erfahrung kann die Gesellschaft profitieren. Gute Beziehungen zwischen den Generationen tragen zudem viel zur Lebensqualität einer Stadt, eines Quartiers bei.

Mit den drei Vorlagen beantragt der Stadtrat beim Parlament insgesamt zwischen einer halben Million Franken 2012 und einer Million Franken 2015 jährlich. Die Diskussionen um Sparprogramme und Steuererhöhung werden den Entscheid nicht einfach machen.

Die Strategie wurde schon vor einigen Jahren festgelegt und vom Parlament gutgeheissen. Es wäre fatal, jetzt einen Schritt rückwärts zu machen. Mit den drei Vorlagen will der Stadtrat dafür sorgen, dass das grossartige und meist freiwillige Engagement von unzähligen Organisationen und Personen erhalten bleibt und gestärkt wird. Zudem sind es keine Luxusprojekte. Ein Vergleich mit anderen Städten zeigt, dass Luzern vergleichsweise wenig Mittel investiert. Wir machen das, was nötig ist. Eine Stadt wie Luzern ist auf eine solidarische Gesellschaft, auf Quartiere, in denen man gerne lebt, angewiesen. Und sollte die Stadt weiter wachsen, wird dieser Aspekt noch wichtiger.

Urs Dossenbach
Projektleiter Kommunikation

Die drei Vorlagen in Kürze

Der Grosse Stadtrat hat am Donnerstag, 22. September 2011, die Quartier- und Stadtteilkonferenz gutgeheissen. Damit kann der Stadtrat die Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche in allen Quartieren gestaffelt einführen. Die Beiträge zur Unterstützung des Quartierlebens werden von jährlich 75'000 auf 150'000 Franken erhöht. Zudem wird die Ansprechstelle für Quartieranliegen um 20 Stellenprozente aufgestockt und als Fach- und Anlaufstelle geführt. Sie soll sich noch stärker für die Quartiere einsetzen und deren Anliegen in die städtischen Projekte einbringen. Weiter werden Stadtteilkonferenzen eingeführt und Konzepte entwickelt, die aufzeigen, wie vor allem im Internet besser über Veranstaltungen und Angebote in den Quartieren informiert werden kann und wie die Räume und die Infrastruktur besser zugänglich gemacht werden können. Für die Umsetzung stehen 2012 zusätzlich 230'000 Franken, 380'000 Franken 2013, 480'000 Franken 2014 und 530'000 Franken ab 2015 zur Verfügung.

Über das Entwicklungskonzept «Altern in Luzern» und die frühe Förderung entscheidet der Grosse Stadtrat voraussichtlich am Donnerstag, 27. Oktober 2011. Kinder kommen mit sehr unterschiedlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten in den Kindergarten. Nicht alle Eltern sind in der Lage, ihre Kinder zu begleiten und zu fördern. Hier setzt die frühe Förderung an. Die Stadt will Familien mit Kleinkindern mehr unterstützen. Dazu wird die Zusammenarbeit von Institutionen verbessert und die Sprachförderung und die Hausbesuche durch die Mütter- und Väterberatung werden mehr unterstützt. Diese Massnahmen kosten 15'000 Franken im Jahr 2012, 224'000 Franken 2013, 254'000 Franken 2014 und 284'000 Franken ab 2015.

«Altern in Luzern – ein Entwicklungskonzept» setzt auf die Mitwirkung der älteren Bevölkerung. Beispielhaft dafür ist das Forum «Partizipation 60plus», das Nachfolgemodell des Seniorenrats. Am 19. September 2011 wurde die Website www.luzern60plus.ch aufgeschaltet. Zudem sind Projekte geplant, die das Bild des Alterns korrigieren. Veranstaltungen wie «Willkommen im AHV-Alter», die vor allem als Verabschiedung in den Ruhestand verstanden wurden, sollen durch einen Marktplatz ersetzt werden. Dabei wird auf die vielen Möglichkeiten für Bildung, Kultur und freiwilliges Engagement im Alter hingewiesen. Für die Umsetzung des Konzeptes entstehen infolge eines hohen Fremdfinanzierungsgrads folgende Nettokosten für die Stadt: 20'000 Franken 2012, 72'000 Franken 2013, 70'000 Franken 2014 und 74'000 Franken 2015.

Weitere Infos:
www.quartiere.stadtluzern.ch
www.luzern60plus.ch

MEHR WOHNLICHKEIT IM BETAGTENZENTRUM DREILINDEN

Das Betagtenzentrum Dreilinden soll in Etappen erneuert und den heutigen Bedürfnissen an Wohnlichkeit und Pflege angepasst werden. Die Stimmberechtigten werden am 27. November über einen Kredit von 29 Mio. Franken entscheiden.

DC. Das Haus Rigi wurde für touristische Zwecke gebaut: 1907 wurde es als Hotel Terrasse in Betrieb genommen und 1931 von der Stadt gekauft. Der Anbau an das Haus Rigi konnte 1963 realisiert werden und diente als Wohntrakt für das Personal. Nach mehreren kleineren Umbauten und einer sanften Renovation im Jahr 1997 leben hier 45 betagte Menschen.

Das Haus Rigi und der Rigi-Anbau genügen den Ansprüchen an Wohnlichkeit und Individualität nicht mehr. Zudem gestalten sich die Arbeitsabläufe in den alten und sehr unterschiedlichen Häusern äusserst umständlich. Deshalb sollen sie durch einen Neubau ersetzt werden.

Neubau

Im Jahr 2004 wurde eine Nutzungsstudie über das Betagtenzentrum BZ Dreilinden mit den fünf Häusern Pilatus, Rigi, Rigi-Anbau, Brisen, Mythen sowie der Alterssiedlung Titlis verfasst. Eine Machbarkeitsstudie im Jahr 2006 kam zum Schluss, dass der Ersatzbau der Häuser Rigi die optimale Lösung für die Zukunft sei. Das Neubauprojekt, das aus einem Architekturwettbewerb

hervorging, sieht einen fünfgeschossigen Ersatzbau vor. Die Zimmer und Aufenthaltsräume der vier Wohngeschosse sind auf See und Berge ausgerichtet. Der Verwaltungsstock schliesst an die Tiefgarage an, und das Erdgeschoss mit Foyer wird mit dem bestehenden Haupteingang des BZ Dreilinden im Haus Pilatus verbunden.

Debatte im Parlament

Alle Fraktionen des Grossen Stadtrates zeigten sich von der Notwendigkeit der Erneuerung des Hauses Rigi und des Rigi-Anbaus überzeugt. Das Projekt überzeuge funktional und architektonisch. Es schaffe ein gutes Wohngefühl, passe sich optimal in die Landschaft ein und trage fast allen Bedürfnissen Rechnung.

Ebenso einig waren sich die Fraktionen in der Frage des Servituts: Noch konnte die Stadt nicht mit allen Nachbarn auf Dreilinden, die am Nutzungsrecht beteiligt sind, eine Lösung finden. Das Parlament gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass Partikularinteressen hinter die Interessen der Allgemeinheit zurückstehen mögen und eine gütliche Lösung möglich werde.

Solaranlage für Dreilinden

Diskussionen lösten einzig Energiefragen aus: Die Fraktion der Grünliberalen bemängelte, dass mit dem Neubau nur der Minergie-Eco-Standard erreicht würde. Die Fraktion der SVP war gegen die Installation einer Solaranlage und stellte einen Ablehnungsantrag. Sie wurde dabei von der CVP-Fraktion unterstützt. Es sollten erst die vorbereitenden Installationen ausgeführt werden, damit die Anlage zu einem späteren Zeitpunkt gebaut werden könne.

Der Antrag der SVP-Fraktion wurde mit 28 zu 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Es sei jetzt an der Zeit, die Klima- und Energiestrategie der Stadt Luzern ernsthaft umzusetzen, meinte die Ratsmehrheit.

Der Grosse Stadtrat stimmte dem Ersatzbau für das Haus Rigi und den Rigi-Anbau mit 40 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

Stimmempfehlung

Grosser Stadtrat und Stadtrat empfehlen den Stimmberechtigten, dem Kredit für den Ersatzbau der Häuser Rigi im Betagtenzentrum Dreilinden von 28,897 Mio. Franken zuzustimmen.

1 | Ehemals ein Hotel – heute Teil des Betagtenzentrums Dreilinden: das Haus Rigi.
Foto: Gregor Stäuble

2 | Im geplanten Ersatzbau für das Haus Rigi und den Rigi-Anbau sollen 80 Einzelzimmer von hoher Wohnqualität entstehen.

3 | Stadtpräsident Urs W. Studer diskutiert mit Luzernerinnen und Luzernern über Vor- und Nachteile der Starken Stadtregion.



STADTRAT WILL DEN FUSIONSVERTRAG

Ende November entscheidet sich, wie es im Projekt Starke Stadtregion weitergeht. Sagen Stadt und eine weitere Gemeinde Ja zu Verhandlungen, wird ein Fusionsvertrag erarbeitet.

3



NZ. Ende November entscheiden Adligenswil, Ebikon, Kriens und Luzern, im März 2012 auch Emmen, wie es in der Stadtregion weitergehen soll: ob es zu Fusionsverhandlungen kommen wird, ob Gemeinden einen Mehrzweckgemeindeverband anstreben oder ob jede Gemeinde weiterhin alleine die Herausforderungen der Zukunft bewältigen will. Von den Fraktionen im Stadtparlament sprechen sich CVP, FDP, Grünliberale, Grüne und Junge Grüne sowie SP/JUSO für ein Ja zum nächsten Schritt aus. Einzig die SVP ist gegen Fusionsverhandlungen mit den Nachbargemeinden.

Verhandlungen aufnehmen

Seit rund zehn Jahren verfolgt der Stadtrat die Strategie, Luzern durch Vereinigungen mit Nachbargemeinden auf demokratischem Weg für die Herausforde-

rungen der Zukunft zu stärken. Die erfolgreiche Fusion mit Littau bestätigt den Stadtrat, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Daher begrüsst er den Entscheid der Projektsteuerung Starke Stadtregion, als nächsten Schritt Fusionsverhandlungen anzugehen. Der Stadtrat ist überzeugt: Der Fusionsvertrag gibt die beste Voraussetzung für eine vertiefte Diskussion mit den Stimmberechtigten und für den Entscheid, ob sich Luzern mit weiteren Nachbargemeinden vereinen soll. Aus diesem Grund empfiehlt der Stadtrat, mit einem Ja zu Fusionsverhandlungen grünes Licht für den nächsten Schritt auf dem Weg zur Stärkung der Stadt zu geben.

Langfristiger Erfolg

Der Zusammenschluss mit Nachbargemeinden ist ein Zukunftprojekt und bietet für die

heutige Stadt langfristige Erfolgsaussichten. Kurzfristig profitieren die Gemeinden vom tieferen Steuerfuss der Stadt.

«Die Nachbargemeinden sind mit der Stadt so stark zusammengewachsen, dass eine nachhaltige Planung nur noch aus einer Hand Sinn macht, sei es in der Verkehrspolitik, sei es im Umgang mit dem knappen Gut Boden, sei es mit der Planung und Umsetzung regionaler Projekte», erklärt Stadtpräsident Urs W. Studer. Ein Zusammenschluss zeichne die heutige Lebenswirklichkeit in der Stadtregion nach und gebe den Bewohnerinnen und Bewohnern der Region erweiterte demokratische Mitsprache. «Die vereinigte Stadtgemeinde Luzern erhält mehr Gewicht in der Region, im Kanton, in der Zentralschweiz, im Bund.

Die Abstimmungsfrage

Den Stimmberechtigten werden zwei Grundsatzartikel vorgelegt: einer für den Weg des Mehrzweckgemeindeverbandes, der andere für den Weg der Fusionsverhandlungen. Der Artikel, der Zustimmung findet, wird künftig in der Gemeindeordnung stehen. Für Luzern stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

Variante A: Stärkung der Stadtregion Luzern durch verstärkte Kooperation mit weiteren Agglomerationsgemeinden; Variante B: Stärkung der Stadtregion Luzern durch Fusion mit weiteren Agglomerationsgemeinden. Die Stimmberechtigten der Stadt Luzern können beiden Varianten zustimmen. Da die Möglichkeit besteht, dass beide Varianten angenommen werden könnten, müssen die Stimmen diesfalls – wie bei einer Initiative und einem Gegenvorschlag – mit einer Stichfrage letztlich entscheiden, welcher Variante sie den Vorzug geben.

Der Zeitplan

Stimmen Luzern und mindestens eine weitere Gemeinde der Erarbeitung eines Fusionsvertrags zu, kommt es in den Jahren 2012 bis 2014 zu Fusionsverhandlungen. Die definitiven Abstimmungen über eine Fusion könnten dann 2015 stattfinden, und eine allfällige Fusion würde voraussichtlich auf den 1. Januar 2017 vollzogen. Sollte sich eine Mehrheit in Luzern und in einer weiteren Gemeinde für den Mehrzweckgemeindeverband aussprechen, käme es in den Jahren 2012 bis 2014 zu Vertragsverhandlungen; die Organisation könnte am 1. Januar 2017 in Kraft treten.

Fortsetzung von Seite 11 |

Sie kann sich dynamischer entwickeln.» Vom volkswirtschaftlichen «Motor» Stadtgemeinde Luzern profitiere der ganze Kanton.

Tatsache ist: Bei einem Zusammenschluss bleiben Orts- und Flurnamen, Geschichte und Traditionen bestehen und bereichern die vereinigte Stadtgemeinde in gleichem Masse, wie es ihre unzähligen Vereine tun werden. Der Stadtrat will die Quartiere und Stadtteile, diese zentralen Strukturen für das Leben in der Stadt, besonders fördern und hat dazu ein Programm verabschiedet, das vom Parlament mitgetragen wird (siehe S.9).

Abstimmen am 27. November

Worüber entscheiden wir am 27. November? «Es geht noch nicht um die Fusion von Luzern mit Nachbargemeinden», hält Stadtpräsident Urs W. Studer fest. «Wir entscheiden Ende November, ob wir mit unseren Nachbargemeinden Fusionsverhandlungen aufnehmen wollen. Diese Verhandlungen werden die entscheidenden Fakten auf den Tisch bringen, um gut informiert Anfang 2015 über eine Fusion abstimmen zu können.»

Finanzierung sichern

Bis zu diesem Zeitpunkt will der Stadtrat auch die Finanzierung der Fusion gesichert wissen. Die Fusion bewirkt für die Steuerpflichtigen in den meisten Gemeinden eine sofortige Senkung des Steuerfusses. Den daraus resultierenden Steuerausfall der ersten Jahre soll der Kanton überbrücken helfen. Zurzeit erarbeitet der Regierungsrat eine Vorlage zur Finanzierung von Fusionen. Diese soll im nächsten Jahr politisch behandelt werden.

Der aktuelle Vorschlag des Regierungsrates sieht vor, dass eine Fusion von Luzern mit den vier Nachbargemeinden mit rund 50 Mio. Franken an kantonalen Geldern rechnen kann. Sollten Gemeinden aus dem Projekt aussteigen, sinkt der kantonale Beitrag entsprechend. Klarheit herrscht nach dem 29. November.

1



Dann sind die Resultate aus Adligenswil, Ebikon, Kriens und Luzern bekannt. Die Abstimmung in Emmen findet voraussichtlich am 11. März 2012 statt.

Dialog mit der Bevölkerung

Sollte sich neben Luzern noch mindestens eine Gemeinde für Fusionsverhandlungen aussprechen, erarbeiten die beteiligten Gemeinden in einer paritätisch zusammengesetzten Organisation einen Fusionsvertrag. Dieser beinhaltet unter anderem Regelungen zur künftigen Organisation der fusionierten Gemeinde, zu Rechtsgrundlagen, zur Finanzierung, zur Verwaltungsorganisation. Diese Regelungen sollen transparent und in einem offenen Dialog mit allen Interessierten aus der Bevölkerung der künftigen Stadtgemeinde Luzern erarbeitet werden.

Neue Organisation

Ein wichtiger Bestandteil des Fusionsvertrags wird die politische Organisation der neuen Stadtgemeinde sein. Der Grundlagenbericht schlägt ein Parlament mit 60 Mitgliedern vor. Sie sollen in fünf Wahlkreisen ge-

wählt werden. Die Wahlkreise sorgen dafür, dass die Bevölkerung der fünf Gemeinden adäquat im Parlament vertreten ist. Mit seiner integrativen Politik fördert der fünfköpfige Stadtrat die Mitsprache aus den Stadtteilen und Quartieren.

Die Organisation der neuen Stadtgemeinde soll bürgernah bleiben. Ziel ist es, das neue Verwaltungsangebot auf die Bedürfnisse aller alten und neuen Stadtteile abzustimmen und einen kundenfreundlichen Service zu bieten. Wichtige Dienstleistungen sollen dezentral in den ehemaligen Gemeinden angeboten werden. Die quartierbezogenen Schulen andererseits bleiben weiterhin unter zentraler Leitung.

Politische Organisation und Bürgernähe sind nur zwei Themen, die im Rahmen der Fusionsverhandlungen besprochen und festgehalten werden. Der detaillierte Fusionsvertrag wird in den Jahren 2012 bis 2014 gemeinsam erarbeitet, wenn sich Luzern und mindestens eine andere Gemeinde aus dem Kreis von Adligenswil, Ebikon, Emmen und Kriens für Fusionsverhandlungen ausspricht.

1 | Einen Fusionsvertrag aushandeln oder Vorbereitungen für einen Mehrzweckgemeindevorband treffen? Die Entscheidung im Projekt Starke Stadtregion fällt Ende November. Mehr Informationen gibt es unter: www.stadtregion.stadt Luzern.ch

DIE MEHRHEIT WILL DEN ZUSAMMENSCHLUSS

38 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung: Ausser der SVP sprachen sich in der Parlamentsdebatte vom September alle Fraktionen für die Aushandlung eines Fusionsvertrags aus.



CHANCE NUTZEN RISIKEN BEACHTEN

Die CVP-Fraktion sprach sich für eine Zukunft in der Starken Stadtregion aus. In der Raumplanung sei eine Gesamtsicht notwendig, und auch das Mobilitätsproblem könne nicht von einzelnen Gemeinden gelöst werden.

Damit die Region mehr Gewicht und Gehör in der Schweiz und im internationalen Wettbewerb erlangen könne, müsse Luzern wachsen. Die Fusion bringe die nötige Grösse und Bedeutung. Nach der Fusion mit Littau seien nun weitere notwendig. Bei der Ausarbeitung des Fusionsvertrags könne man von den gemachten Fusionserfahrungen profitieren. Die CVP plädierte dafür, die Chance zu packen und die Risiken nicht auszublenden.



GEGEN VERHANDLUNG FÜR STATUS QUO

Die SVP-Fraktion enthielt sich bei den Varianten über die Änderung der Gemeindeordnung der Stimme, dies weil sie keine echte Wahl ermöglichten. Die Variante der verstärkten Kooperation mit einem Mehrzweckgemeindeverband werde von niemandem unterstützt. Die Variante Fusion hätte daher nicht mit einem Mehrzweckgemeindeverband, sondern mit der heutigen Situation, dem Status quo, verglichen und gewertet werden sollen, bemängelte die SVP-Fraktion. Sie sprach sich gegen die Ausarbeitung eines Fusionsvertrags und für den Status quo aus, da die heutigen Zusammenarbeitsformen Flexibilität und Variabilität garantieren würden.



KLARE SIGNALE FÜRS ZUSAMMENGEHEN

Die Stadt Luzern müsse glaubwürdig signalisieren, dass sie Mitverantwortung für die Region übernehmen wolle, meinte die SP/JUSO-Fraktion: beispielsweise durch ein Ja zur Erhaltung der grünen Kuppen oder ein Verbot eines Ausbaus der zivilen Nutzung des Flugplatzes Emmen. Es gelte, die Befürchtungen ernst zu nehmen und die Diskussion über Chancen und Risiken zu führen. Die Stadtregion sei ein eminent wichtiges Projekt, nicht nur zur Lösung der Verkehrsprobleme, sondern auch zur Bewältigung der Herausforderungen im Sozialbereich. Anstehende Projekte, wie der Tiefbahnhof oder die Saalsporthalle, könnten nur gemeinsam realisiert werden.



SPIELRAUM ZU- SAMMEN ERWEITERN

Die Grünliberale Fraktion sprach sich für die nächsten Schritte hin zur Starken Stadtregion aus. Man wolle weder Status quo noch verstärkte Kooperation, sondern sei überzeugt, dass eine grosse Gemeinde mehr Möglichkeiten biete. Der gemeinsame Lebensraum lasse sich besser aus einer Hand planen. Eine vereinigte Stadtregion erhalte mehr Gewicht. Es gelte nun, zusammenzuführen, was bereits zusammengewachsen sei. Die Stadtregion bringe Synergien, beispielsweise im Bereich der Verwaltung: Weniger Staat und Bürokratie verursachten weniger Kosten und brächten mehr Handlungsspielraum, sind die Grünliberalen überzeugt.



FAKTEN ERARBEITEN UND ENTSCHEIDEN

Die FDP-Fraktion plädierte für eine langfristige und nachhaltige Weiterentwicklung der Region. Es seien noch viele Fragen offen. Noch werde viel vermutet und behauptet. Befürworter und Gegner der Starken Stadtregion befänden sich teilweise in einem regelrechten Glaubenskrieg. Um Gefahren und Chancen aufzuzeigen, brauche es nun Fakten. Die offenen Punkte sollten bei der Ausarbeitung des Fusionsvertrags geklärt werden. In Kenntnis aller Parameter könne dann die Bevölkerung über eine Fusion entscheiden. Die Fusion von Littau und Luzern sei erst der erste Schritt in einem grösseren Prozess gewesen, meinte die FDP.



AM GLEICHEN STRICK ZIEHEN

Die Mehrheit der Fraktion der Grünen und Jungen Grünen sprach sich für die Aushandlung eines Fusionsvertrags aus. Man beobachte die Wachstumsbestrebungen aber kritisch. Gleichzeitig zum Prozess der Starken Stadtregion müssten die Quartiere und Stadtteile gestärkt werden. Es sei wichtig, innerhalb der Region am gleichen Strick zu ziehen, um die anstehenden Herausforderungen meistern zu können. Der Wettbewerb gegen aussen stehe nicht im Vordergrund. Das Fokussieren auf die Finanzen, die Argumente von Steuer- und Standortvorteilen hätten im Gegenteil bei den Grünen und Jungen Grünen Opposition gegenüber dem Projekt ausgelöst.

Variantenvergleich

Die Mehrheit des Grossen Stadtrates sprach sich für die Ausarbeitung eines Fusionsvertrags mit den interessierten Agglomerationsgemeinden aus (Variante B). Dieser Schritt müsse kritisch begleitet werden, damit alle offenen Fragen geklärt und die Bevölkerung im Jahre 2015 in Kenntnis aller Fakten über eine Fusion abstimmen könne.

Die Variante der verstärkten Kooperation in Form eines Mehrzweckgemeindeverbands (Variante A) wurde von allen Fraktionen als zu kompliziert und ineffizient bezeichnet. Der heutige Zustand (Status quo) schien der Mehrheit des Parlaments keine Alternative zu den beiden diskutierten Varianten.

Protokollbemerkungen

Das Parlament überwies drei Protokollbemerkungen. Es sind Anregungen, die der Stadtrat bei der Ausarbeitung des Fusionsvertrags wenn immer möglich zu berücksichtigen hat.

Alle Stimmen, auch von kleinen politischen Gruppierungen, müssten Gehör finden. Dem Minderheitenschutz soll mit einem geeigneten Wahlverfahren, beispielsweise dem Doppelten Pukelsheim, Rechnung getragen werden.

Der Stadtrat setzt sich in den Fusionsvertragsverhandlungen dafür ein, dass die grünen Kuppen in der Region grün und unverbaut bleiben.

Ebenso soll im Fusionsvertrag festgehalten werden, dass eine Ausdehnung der zivilen Nutzung des Flugplatzes Emmen verhindert werden solle.

EINSTIEG IN DEN ATOMAUSSSTIEG

Die Mehrheit des Grossen Stadtrates empfiehlt den Stimmberechtigten den Atomausstieg. Nicht ganz so schnell, wie das eine Initiative fordert, dafür mit dem Ziel der Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft.



DC. Die Volksinitiative «Luzern mit Strom ohne Atom» ist im August 2009 mit 957 gültigen Stimmen zustande gekommen. Die Jungen Grünen fordern mit ihrem Volksbegehren, dass die Stadt Luzern bis 2035 den Atomausstieg realisiert. Ab diesem Zeitpunkt soll im städtischen Netz ausschliesslich Strom aus erneuerbaren Energiequellen fliessen. Diese seien unerschöpflich, umweltschonend, sicher und lokal verfügbar. Auf Atomstrom müsse verzichtet werden angesichts der Risiken und der Umweltschäden, die von der Atomkraft ausgingen.

Durch den Einsatz und die Förderung von erneuerbaren Energien könne das Klima geschützt und könnten Arbeitsplätze in der Schweiz geschaffen werden.

Effizienter und sparsamer

Neben Investitionen in erneuerbare Energien müsse aber auch Energie gespart und es müss-

ten Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz ergriffen werden. Die Stadt solle diese Anstrengungen unterstützen und den Energiefonds dafür mit ausreichend Mitteln alimentieren.

2000-Watt-Gesellschaft

Der Stadtrat hat die Anliegen der Initiative teilweise in seinem Gegenvorschlag, dem neuen städtischen Energiereglement, aufgenommen. Mit dem Energiereglement will der Stadtrat auf die zu erwartende Verteuerung der nicht erneuerbaren Energieträger (Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran) reagieren und die 2000-Watt-Gesellschaft anpeilen. Das Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft zeigt auf, welche energetische Leistung im Durchschnitt pro Kopf verbraucht werden kann, ohne dass die Erde übernutzt wird, und welcher Treibhausgasausstoss pro Kopf zulässig ist, wenn die Klimaerwärmung langfristig begrenzt werden soll. Die konkreten Um-

setzungsmassnahmen werden vom Stadtrat in mehrjährigen Aktionsplänen festgeschrieben und deren Wirkung wird in regelmässigen Abständen überprüft.

Atomausstieg 2045

Bei der Frage, ab wann Luzern ohne Atomstrom auskommen solle, gehen die Vorstellungen der Initiantinnen und Initianten und des Stadtrates auseinander. Anstelle des Atomausstiegs per 2035, wie das die Initiative fordert, wollte der Stadtrat einen schrittweisen Atomausstieg bis zum Jahr 2050. Diese längere Frist brauche die städtische Stromversorgerin ewl, um die Verträge und Bezugsrechte neu, ohne Atomstrom, und finanziell verkraftbar zu organisieren. Die Mehrheit des Parlaments sprach sich auf Antrag von SP/JUSO, der Grünen, GLP und FDP für einen früheren Atomausstieg per 2045 aus: nach dem voraussichtlichen Auslaufen der letzten Atomstromverpflichtung der ewl. Sollte sich

1 | Initiative und Gegenvorschlag wollen den Ausstieg aus dem Atomstrom, allerdings nicht in demselben Tempo.

in der laufenden Debatte auf eidgenössischer Ebene ein früheres Ausstiegsdatum durchsetzen, würde die Stadt ihren Fahrplan anpassen.

Für den Gegenvorschlag

Der Vorstoss der SVP, der eine «6000-Watt-Gesellschaft» forderte, wurde abgelehnt, ebenso deren Rückweisungsantrag.

Das Parlament sprach sich knapp mit 21 zu 19 Stimmen bei 8 Enthaltungen gegen die Initiative «Luzern mit Strom ohne Atom» aus. Dem Gegenvorschlag, dem Energiereglement des Stadtrats, wurde mit 31 zu 7 Stimmen bei 8 Enthaltungen zugestimmt. Vor der Zustimmung nahm das Parlament verschiedene Änderungen am Energiereglement vor.

Änderungen der Vorlage

Die Mehrheit des Parlaments stimmte neben dem Antrag für einen Ausstieg aus dem Atomstrom per 2045 auch dem Antrag von SP/JUSO, Grünen und GLP zu, der verlangte, dass ewl auslaufende Verträge und Bezugsrechte ohne Atomstrom zu ersetzen habe. ewl wird zudem verpflichtet, verstärkt in erneuerbare Energien zu investieren. Das strebte SP/JUSO mit ihrem erfolgreichen Antrag zur Erhöhung der städtischen Energieautarkie an.

ewl ist gefordert

Mit diesen Beschlüssen begrenzte das Parlament die unternehmerische Freiheit der städtischen Stromversorgerin ewl. Es wird zu prüfen sein, wie diese Beschränkung mit der gemäss Reglement ebenso zu gewährleisten der Versorgungssicherheit, den konkurrenzfähigen Strompreisen und der nachhaltigen Ertragskraft der ewl umzusetzen ist.

Dem abgeänderten Energiereglement wurde mit 31 zu 7 Stimmen bei 8 Enthaltungen zugestimmt.

Stimmempfehlung

Parlament und Stadtrat empfehlen den Stimmberechtigten, die Initiative «Luzern mit Strom ohne Atom» abzulehnen und dem Gegenvorschlag, dem Energiereglement, zuzustimmen.

Stellungnahme des Initiativkomitees:

Die Initiative «Luzern mit Strom ohne Atom» verlangt den Atomausstieg bis zum Jahr 2035. Kernenergie soll durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Davon profitieren wir alle.

Als die Jungen Grünen im August 2009 die Initiative «Luzern mit Strom ohne Atom» einreichten, konnte noch niemand wissen, dass das Thema Atomstrom rund zwei Jahre später wegen der tragischen Ereignisse in Fukushima höchste Aktualität gewinnen sollte. Nachdem die Katastrophe in Tschernobyl 1986 noch als Folge der unausgereiften Technik dargestellt werden konnte, zerstörte der Super-GAU im hoch entwickelten Japan den letzten Glauben an die Sicherheit der Atomenergie. Auch das Problem der Atommüllentsorgung bleibt nach wie vor ungelöst und stellt eine sehr grosse Hypothek für die kommenden Generationen dar. Die Städte St. Gallen, Zürich und Bern haben den Atomausstieg bereits beschlossen. Es ergibt sich nun die Chance, auch in Luzern aus den vergangenen Vorfällen die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Seit Fukushima wurde die Diskussion auf nationaler Ebene geführt; jetzt braucht es ein Zeichen der kommunalen Ebene.

Unterstützung durch Energiefonds

Die Initiative verlangt, dass die Stadt Luzern bis 2035 den Strom ausschliesslich aus erneuerbaren Energiequellen bezieht. Auch Gaskombikraftwerke und Ähnliches kommen nicht in Frage, da diese Energieträger die Umwelt mit CO₂ stark belasten. Die Initiative fordert die Äufnung des Energiefonds. Der Energiefonds der Stadt Luzern muss in einem ausreichenden Mass gespeist werden, um einen ernsthaften Anreiz für private Investitionen zu schaffen.

Gegenvorschlag des Stadtrates

Im Gegenvorschlag empfiehlt der Stadtrat das Ausstiegsjahr 2045. Dieses Szenario scheint mutlos, wenn auf Bundesebene sogar das Ausstiegsjahr 2034 diskutiert wird. Mit einer Senkung des Energieverbrauchs durch höhere Energieeffizienz und sparsamere Nutzung sowie einer Erweiterung des Angebots durch erneuerbare Energien werden die Schweizerinnen und Schweizer auch in Zukunft mit ausreichend Strom versorgt werden können. Die Schweiz hat zudem die Möglichkeit, sauberen Strom aus dem Ausland einzukaufen. In jedem Jahr, in welchem

die Schweiz früher aus der Atomstromproduktion aussteigt, können Tonnen von gefährlichem Atommüll gespart werden. Dies nützt auch dem Klima, denn Atomstrom ist nicht CO₂-neutral.

Einheimische Ressourcen

Für den Atomausstieg braucht es Investitionen. Diese Investitionen lohnen sich, denn erneuerbarer Strom kann in der Region produziert werden und schafft hier Arbeitsplätze. Zudem ist das Forschungsgebiet der erneuerbaren Energien bestens an unseren Hochschulen etabliert und wartet nur darauf, in die Praxis umgesetzt zu werden. Verschiedenste KMUs profitieren bei der Erstellung der dezentralen Energieversorgung.

Die Initiative «Luzern mit Strom ohne Atom» verlangt, dass die Stadt Luzern vor allem auf einheimische Energieressourcen setzt. Atomkraftwerke sind im Gegensatz zu regional produzierten, erneuerbaren Energiequellen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht unsinnig. Keine Versicherung deckt die Risiken eines Atomunfalls. Der Staat darf dabei keinesfalls einspringen. Würden zudem die Kosten für die Risiken der Entsorgung in den Atomstrom einbezogen, wäre dieser am Markt gar nicht mehr absetzbar. Der Bau von zwei neuen AKWs kostet geschätzte 20 Milliarden Franken. Milliarden, die besser in erneuerbare Energien investiert werden, auch um deren Bereitstellung zu beschleunigen.

In die Zukunft investieren

ewl ist für die Strommarktliberalisierung gewappnet. Der Atomstrom ist momentan zwar vermeintlich günstig, aber wie sich die Kosten in Zukunft entwickeln, ist höchst ungewiss. Der Preis für erneuerbare Energien sinkt dagegen laufend. ewl muss die Förderung von erneuerbaren Energien intensivieren, um auch in Zukunft Strom zu konkurrenzfähigen Preisen anbieten zu können.

Chance Atomausstieg nutzen

Investieren wir heute in erneuerbare Energien und Effizienz, damit wir in Zukunft ohne Atomkraft auskommen können und die Schweiz von der Risikotechnologie «Atomstrom» Abschied nimmt. Sie, liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, haben die wohl einmalige Möglichkeit, über den Luzerner Atomausstieg abzustimmen. Nutzen Sie diese Chance und legen Sie ein doppeltes JA für eine atomstromfreie Zukunft ein.

VONEINANDER UND MITEINANDER LERNEN

In den Kindergärten und in den ersten und zweiten Klassen hat die Integrative Förderung Einzug gehalten. Die Kinder – egal, welches Leistungsniveau sie haben – werden gemeinsam in ihrer Klasse unterrichtet. Kleinklassen gibt es nicht mehr.



1 | Tauschen, sammeln, einkleben – der Sammelbogen lehnt sich an das einfache und bestens bekannte Prinzip der Tschuttibildli an.

2 | Alle freuen sich aufs «Zmittag» in der Betreuung St. Karli.

Im Schulzimmer der Primarklasse 1b im Felsberg gehts wie auf einem Basar zu. Die Klasse 1a ist zu Besuch. In Windeseile bilden die beiden Klassen Grüppchen von zwei bis fünf Kindern. Sie haben ein Ziel: für ihren Sammelbogen alle erforderlichen Klebebilder zu sammeln und die Doppelseite zu füllen. Tauschen, sammeln, einkleben – das Prinzip «Panini» ist einfach und bestens bekannt. Nebenbei machen die Kinder Bekanntschaft mit den Kernthemen der Integrativen Förderung (IF). Von- und miteinander lernen und die unterschiedlichen Voraussetzungen aller als Chance erkennen, dies macht IF unter anderem aus.

Ein Mädchen in Handwerkermontur wird gegen einen Jungen mit Brille und Pinsel getauscht. Die Kinder sind vor allem darauf aus, einander zu helfen. Sie bieten den grünen Taucher ihrer Kameradin an, da er ihr noch fehlt,

zeigen einander, wie die perforierten Bögen getrennt und die Bilder eingeklebt werden.

Selbstständiges Arbeiten

Im Schuljahr 2011/2012 sind alle Kindergarten-, Erst- und Zweitklasskinder der Stadt Luzern in die integrative Volksschule gestartet. Das Projekt ist ein Weg der Chancen und Veränderungen, den Lernende, Lehrpersonen, Schulleitungen und Eltern gemeinsam gehen.

Der zentrale Punkt von IF ist, dass alle Kinder in eine Klassengemeinschaft eingeteilt werden. Die Kleinklassen werden abgeschafft, leistungsschwächere und verhaltensauffällige Kinder in die Regelklasse integriert. Angepasste Lernziele – für jedes Kind seinem Niveau entsprechend – ermöglichen es, dass alle profitieren und sich ihren Voraussetzungen entsprechend entwickeln können. IF fördert nicht nur die

Schwächeren, sondern ist auch darauf ausgerichtet, die stärkeren Kinder individuell zu fordern.

Erklären die Lernenden einander Themen, die sie selbst gut beherrschen, so wird ihr Wissen gefestigt. Die Kinder üben sich im selbstständigen Arbeiten und entwickeln erste Führungsqualitäten – wichtige Kompetenzen fürs Leben.

Teamplayer

Die Vielfalt im Klassenzimmer und die damit verbundene Förderung für alle bedeutet aber auch andere Arbeitsformen für die Klassenlehrperson. Um sie zu unterstützen, arbeitet in jeder Klasse eine IF-Lehrperson mit. Die Zusammenarbeit fördert den Teamgeist. Die Lehrpersonen werden zu Teamplayern. Zudem entwickelt sich die Schule wieder vermehrt dahingehend, dass eine Klasse möglichst wenig Fachlehrpersonen hat und so die Beziehung zwischen Lernenden und Lehrpersonen intensiviert wird.

Ziel ist es, IF bis im Sommer 2014 flächendeckend an allen Schulen der Stadt zu ermöglichen. Im nächsten Schuljahr werden die dritten bis sechsten Klassen mit IF starten, und im Schuljahr 2013/2014 wird IF an der Sekundarschule eingeführt.

Obwohl der Kanton auch andere Modelle zulässt, setzt die Stadt Luzern ganz auf IF, von der Primar- bis zur Sekundarschule. IF auch auf der höheren Stufe durchbricht das starre System der unterschiedlichen Niveaus an der Sekundarschule. Dies ermöglicht es, den Jugendlichen aussagekräftigere Leistungseinschätzungen auf ihren weiteren Weg mitzugeben.

Tanja Müller

Administration und Kommunikation Volksschule

AUSGEWOGENES ESSEN IN DER BETREUUNG

Die Betreuung St. Karli ist vom Kanton mit der Zertifizierung «schnitz und drunder» ausgezeichnet worden – eine Anerkennung für ausgewogene und attraktive Menüs.



zeigen Tricks, um die Mahlzeiten ausgewogener, attraktiver und nach wie vor schmackhaft gestalten zu können. Genauso wichtig wie die gesunde Ernährung ist es, dabei die vorhandenen Ressourcen zu berücksichtigen und so die Qualität ohne Mehrkosten zu steigern.

Saisonal und regional

Seit letztem Herbst haben fünf Betriebe von den Beratungen profitiert, zwei von ihnen – die Betreuung St. Karli und die Heilpädagogische Schule Willisau – erhielten die Auszeichnung «schnitz und drunder». Ohne erneute Prüfung verfällt das Zertifikat nach zwei Jahren – ein Ansporn, sich weiterhin an die guten Vorsätze zu halten.

Die Betreuung St. Karli achtet besonders darauf, saisonale Lebensmittel aus der Region zu verwenden und die Mahlzeiten schön zu präsentieren. Das Essen soll den Kindern schmecken, gesund und ausgewogen sein und die Ressourcen nicht überstrapazieren.

Tanja Müller

Administration und
Kommunikation Volksschule

Schulhaussanierung

Maihof

Am Montag, 17. Oktober 2011, dem ersten Schultag nach den Herbstferien, erleben die Klassen des Schulhauses Maihof einen weiteren Schritt auf ihrer Reise in die Zukunft: Im Rahmen des Umbaus ziehen sie in die Pavillons auf dem Pausenplatz. Die Schulhauswebseite informiert mit Videosequenzen und Humor über den Stand der Bauten unter:

www.maihof.vsluzern.ch

Stillsitzen, Kopf an Kopf Suppe aus dem Teller schlürfen und keinen Tropfen übrig lassen. So sah der «Mittagstisch» vor knapp 40 Jahren aus. Heute sitzen 30 Jungen und Mädchen am Tisch, erzählen sich von der spannenden Morgenpause, den Hausaufgaben und Wochenenderlebnissen. Die Atmosphäre ist freundlich, der Geräuschpegel hoch – alle freuen sich aufs «Zmittag». Statt Suppe aus dem Topf gibt es in der Betreuung St. Karli heute ausgewogene und schön

angerichtete Mahlzeiten mit mehr Fisch und Vollkorn.

Ernährungsberatung

Als eine der ersten Institutionen hat die Betreuung St. Karli vom Angebot «schnitz und drunder» Gebrauch gemacht. Im Rahmen des Aktionsprogramms «Gesundes Körpergewicht» bietet die kantonale Gesundheitsförderung Betreuungsbetrieben und -organisationen eine Ernährungsberatung an. Experten prüfen das Angebot und geben Tipps und

Kinder- und Jugendzahnklinik jetzt auch online

Seit über hundert Jahren existiert in Luzern eine Zahnklinik speziell für Kinder. Hier werden vom Kleinkind bis zum jugendlichen Schulabgänger Kinder aller Altersstufen behandelt. Die Schulkinder der Volksschule der Stadt Luzern besuchen die Kinder-

und Jugendzahnklinik im Rahmen der schulzahnärztlichen Reihenuntersuchung. Familien mit eingeschränktem Budget bietet die Klinik zudem Sozialrabatte und tiefe Taxpunktewerte für die Behandlung ihrer Kinder.

Weitere Informationen unter:
www.zahnklinik.stadt Luzern.ch

FRAU SPIELHOFER UND DIE MUNTERE FORELLE

Die kleine Gemeinde Römerswil liegt im Seetal. Was auf den ersten Blick wenig mit der Stadt Luzern zu tun hat, täuscht: Vom Hof der Familie Spielhofer stammen Forellen, Brot und Hirschfleisch, die sie am Wochenmarkt in Luzern verkauft.



1 | Ruth Spielhofer aus Römerswil verkauft seit 28 Jahren ihre Produkte am Luzerner Wochenmarkt. Zwischen jungen Menschen in der Stadt und auf dem Land stellt sie keinen Unterschied fest.

Im plätschernden Teich glitzern Regenbogenforellen, im Gehege nebenan staksen Damhirsche herum, und Hund Luna liegt faul an der Sonne. Auf dem Hof der Familie Spielhofer reissen einen höchstens die Lastwagen, die in geraumen Abständen über die Landstrasse rauschen, aus der Idylle. Jetzt kurvt ein kleines Mädchen auf dem Spielzeugtraktor um die Ecke. Es ist Sophia, die Enkelin von Ruth Spielhofer. Die Gemeindepräsidentin von Römerswil bewirtschaftet den Hof zusammen mit ihrem Mann Edi

und Sohn Samuel in einem Dreigenerationenhaus. Der zweite Sohn ist als Zimmermann unterwegs auf der Walz.

Ausbau auf Raten

Die Familie kennt man in der Stadt Luzern: Seit 28 Jahren verkauft sie ihre Produkte am Wochenmarkt in Luzern. «Wir haben damals ganz klein angefangen, mit einem Stand von drei Laufmetern. Heute sind es neun», sagt Spielhofer, die ein Flair für Marktlücken und ein gutes Händchen in der Umsetzung ihrer Ideen hat:

«Damals ist mir aufgefallen, dass es am Markt kaum Brot gab, also haben wir dieses Angebot ausgebaut. Dazu sind selbstgemachte Konfi und Öl und später Forellen und Hirschfleisch aus unserer Zucht hinzugekommen», sagt Spielhofer, die selber nur noch selten hinter dem Marktstand steht. Seit sie 2008 zusätzlich das Amt als Gemeindepräsidentin übernommen hat, ist vorwiegend ihr Mann am Wochenmarkt präsent. «Irgendwann musste ich feststellen: Alles kann ich nicht selber machen», lacht Spielhofer,

die mit der Politik und dem unkonventionellen Hofbetrieb auch ohne Marktpräsenz alle Hände voll zu tun hat: Sie betreut den kleinen Hofladen, bäckt das Brot für den Markt und bereitet die anderen Verkaufswaren vor. Dann gibt es auch noch das kleine Beizli, in dem die Gäste bedient werden und für die Ruth Spielhofer das Salatbuffet zubereitet. «Auf unserem Betrieb mit so vielen Gästen braucht es zweifellos eine Frauenhand – das gibt sofort eine andere Atmosphäre», sagt Spielhofer. Trotzdem: Es sei ihr schwergefallen, die Präsenz am Markt zu reduzieren: «Hier geht es nicht nur ums Verkaufen, sondern um ein Lebensgefühl. Der Markt ist ein soziales Gefüge, man kennt sich nach all den Jahren und hat persönliche Kontakte mit Stammkunden geknüpft.»

Forellen und Hirsche

Der Familienbetrieb war früher ein Bauernhof, wie viele andere: mit Tierhaltung und Gemüse-/Früchteproduktion. Heute läuft einiges anders, unkonventionell und innovativ: Schon früh haben Spielhofers auf eine andere Karte gesetzt, und heute produzieren sie weder Gemüse noch Früchte, und auch nach dem Schweinestall hält man vergebens Ausschau. Stattdessen haben sie sich auf Forellenzucht spezialisiert und bieten ergänzend dazu «Fishing on the farm» an: Besucher können sich eine der Angelruten schnappen und nach erfolgreichem Fang im lauschigen Beizli «Zur munteren Forelle» Platz nehmen. Dort wird der Fisch auf dem Grill zubereitet und kann sogleich verspeist werden. «Die Idee dazu hatten wir während eines Ausflugs ins Tessin. Dort haben wir eine Forellenzucht besucht und beschlossen, das hier auch zu probieren», er-

zählt Spielhofer. Was jetzt gut läuft, war jedoch nicht einfach auf die Beine zu stellen. «Nebst der Risikobereitschaft brauchten wir viel Hartnäckigkeit, Durchhaltewille und Herzblut. Bremsend war vor allem auch die Gesetzgebung: Einerseits wird von den Bauern Innovation gefordert, andererseits stellen geltende Gesetze eine markante, oft kaum überwindbare Hürde dar. Das ist ein Widerspruch», sagt Spielhofer und erläutert dies an einem Beispiel: Früher zottelten zur Freude der Gäste auch noch zehn Schweine im Freien herum. Bei einer Kontrolle wurde der Familie mitgeteilt, dass der Hof zu nahe am Baldeggersee liege und daher Freilandhaltung verboten sei. «Warum genau das so ist, verstehen weder wir noch unsere Kunden», sagt Spielhofer. Seither haben sie keine Schweine mehr, denn eine Haltung nur im Stall sei nicht in Frage gekommen.

Starke Stadtregion spornt an

Ruth Spielhofer hat gerne Menschen um sich und schätzt die Lebendigkeit, obschon sie selber sehr ruhig und besonnen wirkt. «Auf dem Markt und hier auf dem Hof habe ich Kontakt mit unterschiedlichsten Leuten. Dazu kommt natürlich meine Arbeit als Politikerin, die mich noch einmal mit ganz anderen Herausforderungen konfrontiert.»

Römerswil hat heute, sechs Jahre nach der Fusion mit Herlisberg, rund 1630 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Gemeinde funktioniert mit einem Geschäftsführermodell: Für die operativen Verwaltungsarbeiten gibt es einen Gemeindeangestellten, was die Gemeinderäte zeitlich entlastet. «Als Gemeindepräsidentin bin ich mit einem 17-Prozent-Pensum darum vorwiegend für die strategischen Geschäfte zu-

ständig. Mit einem grösseren Pensum wäre es definitiv nicht möglich gewesen, meine verschiedenen Tätigkeitsfelder unter einen Hut zu bringen», sagt die CVP-Politikerin, die die Diskussionen rund um eine Starke Stadtregion interessiert verfolgt. Zwar setze eine Starke Stadtregion die Landschaft auch unter Druck, doch das habe wiederum seine positiven Seiten: «Es spornt die kleinen Gemeinden auf dem Land an, vermehrt gemeinsame Synergien zu nutzen und sich zu vernetzen, damit wir als starke Partner wahrgenommen werden. Das ist vor allem auch dann wichtig, wenn es um die Interessen in der Raum- oder Verkehrsplanung geht, die vom Kanton vorgegeben werden.»

Land und Stadt

Aus der politischen Arbeit und dem Austausch mit der Bevölkerung ziehe sie auch Energie für den Alltag, sagt Spielhofer. «Zwischendurch über den eigenen Gartenzaun hinauszuschauen ist eine grosse Bereicherung.» Ausserdem schaue die ländliche Bevölkerung sowieso längst über den Gartenzaun hinaus und unterscheide sich heute kaum mehr von Leuten aus der Stadt. «Früher gab es noch die klassischen «Landeier». Wenn ich jedoch die jungen Menschen von heute anschau, stelle ich keinen Unterschied zwischen Stadt und Land mehr fest», lacht Spielhofer. So schaut denn heute, mit vier Frauen in der Landesregierung, auch keiner mehr dumm, wenn eine Frau die Gemeinde präsidiert. Eine Vorstellung, die vor 50 Jahren noch einigen die Haare hätte zu Berge stehen lassen, nicht nur auf dem Land.

Christine Weber
Freie Journalistin

Starke Landschaft

Diskussionen um Gemeindefusionen haben auf der Landschaft angefangen; dort fanden auch die ersten Zusammenschlüsse statt: Den Anfang machten 2004 Beromünster und Schwarzenbach, die sich zusammenschlossen. Ein Jahr später folgten Römerswil und Herlisberg sowie die Gemeinden Triengen, Kulmerau und Wilihof dem Beispiel. Seither haben neun Fusionierungen stattgefunden; von den ursprünglichen 107 Gemeinden (1997) im Kanton Luzern gibt es heute noch 87.

Positive Bewertung

Diese Entwicklung werde von den Betroffenen vorwiegend positiv beurteilt, heisst es in einem Bericht des Amts für Gemeinden des Kantons Luzern aus dem Jahr 2009: «Die Bevölkerung profitiert von besseren Dienstleistungen. Besondere Betonung findet die Professionalisierung, die mit gleichzeitig geringeren Kosten erreicht wird. Dank dem Abbau von Zusammenarbeitsverträgen besteht heute ein geringerer Koordinationsaufwand als vor der Fusion. Die Verwaltung hat eine Stärkung erfahren: dank klarer Struktur, einer präzisen Aufgabenzuteilung, der Definition von Ansprechpersonen und Stellvertretungsregelungen. Aber auch raumplanerische und finanzielle Vorteile werden geltend gemacht.»

GUTE KINDERBETREUUNG IST EIN STANDORTVORTEIL

Das Pilotprojekt Betreuungsgutscheine läuft noch bis Ende 2012. Bereits heute zeigen sich die positiven Effekte: Für Eltern von Kindern im Vorschulalter stehen in und um Luzern genügend bezahlbare Betreuungsplätze zur Verfügung.



1 | Dank Betreuungsgutscheinen finden Eltern in den Luzerner Kindertagesstätten stets einen freien Platz.

2 | Die neue S-Bahn-Station Allmend ist im Rohbau fertiggestellt.
Foto: Kanton Luzern

MB. Die Familienstrukturen haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutlich verändert. Das traditionelle Familienbild der Einverdienerehe wurde teilweise von anderen Familienformen abgelöst. Oft reicht einer Familie zudem ein einziges Erwerbseinkommen nicht mehr aus. So sind immer mehr Familien darauf angewiesen, dass sie ihre Kinder in Kindertagesstätten oder von Tageseltern betreuen lassen können. Seit 2009 fördert Luzern die familienergänzende Kinderbetreuung verstärkt. Nicht nur, weil die Familien dadurch mehr Lebensqualität und Freiheiten erhalten, sondern auch, weil es wirtschaftlich Sinn macht.

Direkte Unterstützung

Betreuungsgutscheine sind eine finanzielle Unterstützung für die familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschul-

alter. Seit 2009 erhalten Luzerner Eltern abhängig von ihrem Arbeitspensum und steuerbaren Einkommen Zuschüsse an die Betreuung ihrer Kinder in Tagesstätten oder bei Tageseltern. Bei der Suche nach einem Betreuungsplatz haben sie die freie Wahl. Dank dieser Unterstützung können Eltern Erwerbs- und Familienarbeit besser vereinbaren. Bevor die Betreuungsgutscheine eingeführt wurden, subventionierte Luzern wie die meisten Schweizer Gemeinden eine begrenzte Anzahl Krippenplätze. Abhängig vom jährlichen Einkommen wurde damals berechnet, ob eine Familie Anrecht auf einen subventionierten Platz hat.

Positive Erfahrungen

Luzern ist die erste Stadt in der Schweiz, welche die familienergänzende Kinderbetreuung mit Betreuungsgutscheinen gestaltet.

tet. Zwei Jahre nach der Einführung fällt die Zwischenbilanz erfreulich positiv aus:

- Für die Eltern von Kindern im Vorschulalter stehen heute in und um Luzern genügend Betreuungsplätze zur Verfügung.

- Das Angebot an Betreuungsplätzen hat in den letzten zwei Jahren um 60 Prozent zugenommen.

- Alle Eltern erhalten einkommensabhängig die gleiche Unterstützung von der Stadt Luzern.

- Die Qualität in der Kinderbetreuung hat eine grössere Bedeutung erhalten.

- Ohne Betreuungsgutscheine müsste mehr als die Hälfte der heute unterstützten Eltern ihre Erwerbstätigkeit reduzieren.

Noch ist es zu früh, um in Luzern den positiven wirtschaftlichen Effekt nachweisen zu können. So fallen zusätzliche Steuereinnahmen, welche der Stadt zugute kommen, weil die Eltern das Erwerbsspensum erhöhen konnten, noch nicht ins Gewicht. Studien zeigen aber, dass langfristig jeder für die Kinderbetreuung eingesetzte Franken der Gesellschaft 2 bis 3 Franken zurückbringt. Kurzfristig zahlt sich die Subventionierung der familienergänzenden Kinderbetreuung vor allem bei Familien mit tiefem Einkommen aus: Ohne sie wären viele Familien auf Sozialhilfe angewiesen.

Pilotprojekt bis Ende 2012

Das Pilotprojekt Betreuungsgutscheine läuft noch bis Ende 2012. Die Erfahrungen zeigen, dass die Förderung der Kinderbetreuung ein zentrales Element einer zukunftsgerichteten Familienpolitik ist, die sich auch wirtschaftlich lohnt. Deshalb werden zurzeit die gesetzlichen Grundlagen für die Zeit nach dem Pilotprojekt erarbeitet.

TAGE DER OFFENEN TUNNELPORTALE

Unterirdisch vom Mattenhof bis zum Geissenstein: Am 29. und 30. Oktober 2011 kann die tiefgelegte und ausgebaut, 1,6 Kilometer lange Strecke der Zentralbahn besichtigt werden.



UD. Der Ausbau der Zentralbahn auf der Allmend verläuft planmässig. Der Allmendtunnel, die S-Bahn-Station Allmend und der Hubelmatttunnel sind im Rohbau fertiggestellt und können besichtigt werden.

Einmaliger Spaziergang

Am Wochenende vom 29. und 30. Oktober werden die Tunnelportale für die Bevölkerung geöffnet. Am Samstag kann die ge-

samte Baustelle von 10 bis 17 Uhr besichtigt werden. Am Sonntag ist sie von 14.30 bis 17 Uhr zugänglich – eine einmalige Gelegenheit, unterirdisch vom Mattenhof bis zum Geissenstein zu spazieren. Der Zugang ist via Fruttstrasse beim Brünigdepot, via die Zugänge der neuen Haltestelle Allmend bei der Verzweigung Horwerstrasse/Moosmattstrasse und via Rampe Mattenhof neben den Fliegerschuppen

möglich. Am Sonntag ist von 9 bis 14.30 Uhr nur die S-Bahn-Station Allmend zugänglich, da der Lucerne Marathon durch die Tunnels führt. Das Platzangebot ist während dieser Zeit begrenzt.

Rollstuhl-Bus

Die Organisatoren empfehlen, für die Anreise die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen, da nur eine beschränkte Anzahl Parkplätze zur Verfügung steht. In den Tunnels sind aus Sicherheitsgründen Velos, Skates und Ähnliches verboten. Am Samstag können Personen mit einer Behinderung um 11, 13 und 15 Uhr mit einem Rollstuhl-Bus durch die Tunnels fahren. Treffpunkt ist beim Portal Mattenhof, wo auch Behindertenparkplätze zur Verfügung stehen.

Tage der offenen Tunnelportale

Samstag, 29. Oktober 2011, 10 bis 17, Sonntag, 30. Oktober, 14.30 bis 17 Uhr. Von 9 bis 14.30 Uhr ist wegen des Lucerne Marathon nur die S-Bahn-Station Allmend offen.
www.ausbau-zentralbahn.lu.ch

Ländlerbeiz

Bekannte Musikformationen und Ländlerkapellen spielen in den Betagtenzentren der Stadt Luzern. Die Konzerte finden jeweils am Sonntag von 14 bis 16 Uhr statt und sind öffentlich. Der Eintritt ist frei.

Termine:

23. Oktober, Wesemlin Kapelle Peter Hess
6. November, Dreilinden Familienkapelle Schmidig
13. November, Eichhof Kapelle Elias Husistein

Lesung mit Zsuzsa Bánk

Nach dem preisgekrönten Debütroman «Der Schwimmer» erzählt die deutsche Autorin Zsuzsa Bánk in ihrem zweiten Roman die bewegende Geschichte dreier Kinder: «Die hellen Tage» ist ein grosses Buch über Freundschaft und Verrat, Liebe und Lüge und über eine Vergangenheit, die erst allmählich ihre Geheimnisse enthüllt. Am 25. Oktober stellt Zsuzsa Bánk ihren neuen Roman in der Stadtbibliothek vor. Moderation: Luzia Stettler, Schweizer Radio DRS.

Lesung mit Zsuzsa Bánk

«Die hellen Tage»
Dienstag, 25. Oktober, 19 Uhr
stattkino/Stadtbibliothek, Löwenplatz
Eintritt: Fr. 15.–

www.bvl.ch



Im FUKA-Kiosk können Luzernerinnen und Luzerner regelmässig und kostenlos Kultur beziehen: Eintrittskarten für Veranstaltungen, Publikationen, CDs. Das Angebot wird jeweils im «Anzeiger Luzern» und auf der Internetseite www.stadtluzern.ch publiziert.

Öffnungszeiten FUKA-Kiosk:

Mittwoch, 2. November, 12–13 Uhr
Heiliggeistkapelle im Stadthauspark,
Eingang Hirschengraben 17b
www.stadtluzern.ch

INFOVERANSTALTUNGEN DER FEUERWEHR

Die Feuerwehr Stadt Luzern löscht Brände, rettet Menschen und auch Tiere aus gefährlichen Situationen, hilft unverzüglich bei Unwetterschäden, Ölunfällen und anderen Notlagen. All diese Aufgaben können nur dank der rund 300 Frauen und Männer der Stadt Luzern erfüllt werden, die sich nebenberuflich in der Feuerwehr engagieren.

Jedes Jahr verlassen erfahrene Feuerwehrleute aus Altersgründen oder wegen eines Wechsels des Wohn- oder Arbeitsortes die Feuerwehr. Diese Lücken gilt es zu schliessen.

An zwei Informationsveranstaltungen informiert die Feuerwehr Stadt Luzern deshalb mit einem Blick hinter die Kulissen über die vielfältigen und attraktiven Möglichkeiten des Feuerwehrdienstes. Die Informationsabende finden im Feuerwehrgebäude an der Eschenstrasse 10 in Luzern statt und dauern von 19.30 bis 22 Uhr.

Informationsveranstaltungen

Dienstag, 25. Oktober 2011
Donnerstag, 3. November 2011
Anmeldung: Tel. 041 208 88 18
www.fw.luzern.ch

DIE JUGEND VON HEUTE IST BESSER ALS IHR RUF

Früher beklagten sich die Eltern, dass ihre Kinder zu viel draussen sind und herumlungern. Heute sind sie zu viel zu Hause vor dem Computer. Ein Rückblick auf 40 Jahre Jugend- und Familienberatung CONTACT.



- 1 | Unordnung im Zimmer ist auch Unordnung im Kopf!? Die Jugend- und Familienberatung CONTACT hilft Eltern und Kindern bei der Lösung unterschiedlicher Probleme.
- 2 | Lokale Produktion zu einem fairen Preis am geschützten Arbeitsplatz, um die Luzerner Luft zu schonen: Das ist echte Nachhaltigkeit.
- 3 | Kühne Ingenieurleistung: die Luzerner Langensandbrücke. Foto: Yves André

SB. Im Zuge der 68er-Bewegung wurde der Gesellschaft bewusst, dass die Jugend ein spezielles Alter ist. Ein Alter, das rebelliert und protestiert. Aber auch eines, das ein offenes Ohr benötigt. Im Sommer 1971 öffnete die Jugendberatung CONTACT als Nonprofitorganisation ihre Tore. In einer Art Teestube wurde mit

den Jugendlichen in lockerer Atmosphäre über die dringlichen Probleme gesprochen: Liebeskummer, Weltschmerz oder die Forderung nach Jugendlokalen.

Beratung im Wandel

Mit den Jugendkrawallen in den 80er-Jahren entstanden zahlreiche spezialisierte Anlaufstellen für Jugendliche wie Drogenberatungen, Jugendpsychiatrien oder Opferberatungen. CONTACT entwickelte sich ab 1991 zu einer Beratungsstelle für Jugendliche und ihre Eltern, da die Erziehungsberechtigten oftmals Teil des Problems werden.

Verhaltensänderung?

Waren es früher Jugendliche, die von Zu Hause ausrissen, mit Minirock und Punkfrisur rumliefen oder ihr Töffli frisierten – so sind es heute Jugendliche, die ihre Zeit in virtuellen Räumen verbringen, der Spielsucht verfallen, den Modellmassen nahekommen oder Depressionen haben. Trotz der unterschiedlichen Erscheinungsformen ringen Jugendliche heute wie auch damals

mit denselben Herausforderungen. Es geht um ein Ausreizen von Grenzen und das Finden der eigenen Identität. Wie vor 40 Jahren unterstützt CONTACT Eltern und Kinder dabei, sich voneinander zu lösen, sodass sich die Jugendlichen zu eigenständigen und zuverlässigen Erwachsenen entwickeln.

Was Hänschen nicht lernt ...

Unsere Welt ist komplexer und strukturierter geworden. Die Jugendlichen müssen sich schon früh zu organisieren wissen. 40 Jahre Jugendberatung zeigen, dass dies gut gelingt. Die Jugend von heute lernt mehr für die Schule, und sie hält sich auch besser an die Gesetze als früher. Beratung bereits im Kindesalter hilft, den Problemen in der Jugend vorzubeugen. CONTACT kann seit 2010 Beratung für Familien auch mit kleinen Kindern anbieten und so den Kindern gute Startchancen ermöglichen.

Weitere Informationen:

Anmeldungen: Tel. 041 208 72 90
www.contactluzern.ch

AUFRUF ZUR RÄUMUNG VON GRÄBERN

Für nachfolgende Gräber auf den Friedhöfen Friedental, Littau und Staffeln ist die Vertragsdauer abgelaufen:

- Reihengräber Erwachsene, Bestattungsjahr 1991
- Urnenreihengräber Erwachsene, Bestattungsjahr 2001
- Kinderreihengräber, Bestattungsjahre bis 1999

Angehörige können Grabmäler und Pflanzen vom 2. bis 13. Januar 2012 entfernen.

Drittpersonen benötigen für die Räumung der Gräber eine Vollmacht.

Ab 16. Januar 2012 werden die noch nicht geräumten Gräber kostenlos durch die Friedhofverwaltung abgeräumt.

Von folgenden Privatgräbern sind die Konzessionen im Jahr 2012 abgelaufen:

- Einzelgrab 321/Feld 11, Henriette von Mering-Troeger
- Einzelgrab 348/Feld 26, Ludowika Skraba
- Plattengrab 65/Feld 20, Natalie Viscardi-Wildisen

- Hallengräber 194–196 / Feld 20, Heinrich Endemann-Suidter
- Hallengräber 349–351 / Feld 21, Erben Johann, Josef, Jean Louis Zemp
- Hallengrab 400 / alte Halle Ost, George Staehle

Die Berechtigten werden gebeten, sich bei der Friedhofverwaltung zu melden.

Kontakt Friedhofverwaltung:

Friedentalstrasse 60
 Tel. 041 240 09 67
friedhof@stadtluzern.ch

«OBEN-ABE»-METHODE SORGT FÜR SAUBERE LUFT

Mitarbeitende der Stiftung Brändi stellen für die Stadt Luzern Anfeuermodule her. Mit diesen lassen sich Feuer in Cheminéés rauch- und damit schadstoffarm anzünden.



Beat Schöpfer fertigt in der Werkgruppe der Stiftung Brändi Anfeuermodule. Schöpfer und seine Kolleginnen und Kollegen binden Tannenhölzer mit einer

Schnur zusammen. Auf jedem Bund Tannenhölzer befestigen sie eine in Wachs getränkte Holz- wolle – fertig sind die sogenann- ten Anfeuermodule.

Insgesamt 1600 dieser Anfeu- ermodule werden in der Werk- gruppe der Stiftung Brändi herge- stellt, bevor der Winter kommt.

Produziert werden die Anfeu- ermodule für die Stadt Luzern. Sie sind Bestandteil der Aktion «Richtig feuern», die seit einem Jahr läuft. Ziel der Aktion ist es, den Besitzerinnen und Besitzern von Cheminéés und Holzöfen eine neue, umweltfreundliche Anfeuermethode zu zeigen: Die Scheiter werden im Cheminée ge- stapelt, das Anfeuermodul wird oben auf den Stapel gelegt und angezündet. Mit dieser «Oben- abe»-Methode gelangen viel we- niger Rauch und damit Feinstaub und Schadstoffe in die Luft.

www.richtigfeuern.stadtluzern.ch

www.braendi.ch

Häckseltermine

Die Stadt Luzern bietet einen Häckseldienst an:

Stadtgebiet rechtes Ufer
21./22./23. November

Stadtgebiete Littau und
Reussbühl
24./25. November

Stadtgebiet linkes Ufer
28./29./30. November

Anmeldungen nimmt
das Strasseninspektorat
vom 24. Oktober bis
16. November entge-
gen. Tel. 041 429 80 20

Einwohnersprechstunde

Stadtpräsident Urs W.
Studer öffnet wieder
seine Türen für die
Bevölkerung. Für ein
Gespräch sind pro Per-
son oder Gruppe bis zu
15 Minuten reserviert.
Die Einwohnersprech-
stunde wird rege ge-
nutzt; eine Anmeldung
beim Sekretariat des
Stadtpräsidenten ist
deshalb erforderlich:
Tel. 041 208 82 65

Termine:
18. Oktober
8. November
29. November
20. Dezember
(jeweils 17 – 19 Uhr)

«PRIX ACIER» FÜR LUZERN

Die Langensandbrücke wurde mit dem «Prix Acier» ausgezeichnet. Das Bauwerk überzeugt durch seine schlichte, ästhetische Form.

Die 2010 fertiggestellte Lan- gensandbrücke weist eine Spann- weite von 80 Metern auf – ohne eine einzige Stütze. Neben der aussergewöhnlichen Spannweite war auch der Bau selber eine He- rausforderung: Täglich querten während der ganzen Bauzeit rund 20'000 Fahrzeuge die Brücke.

Die Langensandbrücke wur- de mit dem renommierten Stahl- bau-Preis ausgezeichnet, weil «das Projekt durch ein klares und komplex durchdachtes Trag- werkskonzept, eine schlichte und dennoch elegante gestalterische Durchbildung und durch die an- gemessen prägnante städtebau- liche Integration überzeugt».



Dienstag, 20. September 2011, im Rontal

